

Dr. Jan-Marco Luczak

informiert aus dem Bundestag



Ihr CDU-Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg



Dr. Jan-Marco Luczak
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Recht und Verbraucherschutz

Mitglied im Unterausschuss
Europarecht

Stellv. Mitglied im Innenausschuss
und im Umwelt- und Bauausschuss

**Direkt gewählt –
direkt erreichbar:**

Bürgerbüro Dr. Jan-Marco Luczak
Kolonnenstraße 4
10827 Berlin

Tel: 030 – 2277 1878
Fax: 030 – 2277 6978

@ jan-marco.luczak@bundestag.de
facebook.com/JanMarcoLuczakMdB
twitter.com/JM_Luczak

www.luczak-berlin.de

Ihr Abgeordneter vor Ort:

Gedenken zum Volkstrauertag

So, 13.11.2016, um 14.30 Uhr
Friedhof Lichtenrade
Paplitzer Str. 10-24, 12307 Berlin

Bundesweiter Vorlesetag

Grundschule am Dielingsgrund
Fr., 18.11.2016, um 9.55 Uhr
Dielingsgrund 35, 12305 Berlin

Bürgersprechstunde

(Anmeldung erforderlich)
Fr., 25.11.2016, ab 18.00 Uhr,
Café Berio
Maaßenstraße 7, 10777 Berlin

Keine Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme! GESETZENTWURF DER BUNDESREGIERUNG VORGELEGT

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg,

es steht nicht gut um die Europäische Union. Kaum ein Tag vergeht ohne Meldungen über Brüsseler Krisengipfel zu Brexit, Flüchtlingspolitik, Griechenlandhilfen oder jüngst den Streit um das Freihandelsabkommen CETA.

Und doch ist die **Europäische Union der Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand**. Das dürfen wir niemals vergessen und als Selbstverständlichkeit betrachten.

Vom freien Austausch der Waren und Dienstleistungen profitiert Deutschland als Exportweltmeister besonders. Dazu gehört auch, dass EU-Bürger ungehindert reisen und sich in Europa niederlassen dürfen.



Damit wir diese Freizügigkeit erhalten können, brauchen wir klare Regeln für das Miteinander. **Für uns als CDU ist klar, dass es keine Zuwanderung von EU-Bürgern in die deutschen Sozialsysteme geben darf.**

Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, um den

Missbrauch der europäischen Freizügigkeit zu verhindern. Erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren erhalten EU-Ausländer künftig Sozialleistungen. Wer innerhalb der fünf Jahre ausreisepflichtig ist, erhält keinen Anspruch. **Wer nie in Deutschland gearbeitet hat, hat künftig kein Recht auf Sozialleistungen.**

Die Freizügigkeit zielt auf Menschen, die außerhalb ihres Heimatlandes lernen, studieren oder ihren Lebensunterhalt verdienen wollen. Sozialleistungen muss jeder in seinem Heimatland beantragen.

Damit sorgen wir für mehr Gerechtigkeit und stärken die Akzeptanz der Europäischen Union. Ein richtiger Schritt, wir brauchen mehr davon!

Herzliche Grüße

Dr. Jan-Marco Luczak MdB



www.luczak-berlin.de

Kurz notiert

Entschädigung für verurteilte Homosexuelle

Homosexuelle, die nach dem früheren § 175 des Strafgesetzbuchs verurteilt wurden, sollen voll rehabilitiert werden und eine Entschädigung erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Der § 175 stellte einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe und war erst 1994 aufgehoben worden. „Mit dem jetzt geplanten Gesetz wird den Verurteilten späte Gerechtigkeit zuteil“, so Luczak.

Schäuble als Ehrenbürger Berlins ausgezeichnet

25 Jahre nach seiner wegweisenden Rede zum Bonn-Berlin-Umzug ist Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) als Ehrenbürger der Hauptstadt ausgezeichnet worden. 1991 hatte sich Schäuble im Bundestag für den Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin ausgesprochen. Seine Rede gilt als entscheidend für das knappe Votum zugunsten Berlins.

Projekt „Kein Täter werden“ finanziell abgesichert

Das von der Charité entwickelte Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“ kann seine Arbeit fortsetzen. An der Finanzierung sollen sich künftig auch die Krankenkassen beteiligen. Ziel ist es, Sexualstraftaten an Kindern sowie die Nutzung von Kinderpornografie bereits im Vorfeld zu verhindern. „Das ist ein Meilenstein im Kampf gegen Missbrauch“, so Luczak.

Zitat des Monats

„CDU und CSU wollen beide die Rückführung von Ausländern voranbringen, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben. Das muss in der Praxis noch konsequenter umgesetzt werden.“

[Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, 01.10.2016]

Boxen mit Weltmeister Arthur Abraham

- FIT4FUTURE-PROJEKT STARTET AN DER RUPPIN-GRUNDSCHULE IN FRIEDENAU



Auge in Auge mit einem Weltmeister boxen – das konnten jetzt Schüler der Ruppin-Grundschule. Arthur Abraham war zum Start der Initiative „fit4future“ in ihre Turnhalle nach Friedenau gekommen. Abraham unterstützt ebenso wie der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak die Präventionsinitiative für gesunde Schulen.

Neben Bewegung im Schulalltag sind gesunde Ernährung, konzentriertes Lernen

und Stressbewältigung die Schwerpunkte von fit4future.

„Wer sein Leben lang gesund und fit bleiben will, der muss früh damit anfangen, auf sich und seinen Körper zu achten. Was esse

„Auf sich und seinen Körper achten“

ich, wie viel bewege ich mich und wie lernt es sich optimal? Neben der Familie kann auch die Schule einen wichtigen Beitrag für eine gesunde Lebensführung leisten“, sagt Luczak. In der Turnhalle absolvierte er gemeinsam mit dem Weltmeister und den Schülern eine kleine Trainingseinheit. ■

Die Mietpreisbremse wirkt in Berlin!

- AMTSGERICHTE WENDEN GESETZ ERFOLGREICH AN

Die Mietpreisbremse wirkt in Berlin: Die Amtsgerichte Lichtenberg und



Neukölln haben erste Urteile zugunsten der Mieter gefällt. In beiden Fällen wurden Vermieter zur Rückzahlung überhöhter Mieten verurteilt. Grundlage der Entscheidungen ist das Gesetz zur Mietpreisbremse. „Die Urteile zeigen ganz klar, dass die Mietpreisbremse auch in der Praxis funktioniert“, sagt Dr.

Jan-Marco Luczak, Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

„Wo die Mietpreisbremse gilt, sind die festgelegten Obergrenzen rechtlich verbindlich. Vermieter müssen sich daran halten, abweichende vertragliche Vereinbarungen sind unzulässig - das ist jetzt vor Gericht bestätigt worden“, so Luczak. Mit den Urteilen werde deutlich, dass es keiner Verschärfung des Gesetzes bedürfe.

Langfristig sei nur der Bau neuer Wohnungen ein wirksames Mittel, um steigende Mieten erfolgreich zu bekämpfen. Dabei dürfe die Politik das Bauen nicht immer weiter verteuern, sagte Luczak in seiner Rede zur Mietrechtspolitik im Bundestag. ■

„Vermieter müssen sich an Mietpreisbremse halten“